

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

09.12.2022

Inhalt

EWN

1 Wohin mit dem Atom-Schutt? <i>Gießener Allgemeine, 09.12.2022</i>	3
2 Die Sondermission des Mr. Atom <i>WirtschaftsWoche, 09.12.2022</i>	5

Wohin mit dem Atom-Schutt?

Den Schutt vom Rückbau von Kernkraftwerken will keiner haben. Auch für den schwach radioaktiven Schutt aus Biblis gab es lange keine Lösung. Das Darmstädter Regierungspräsidium will eine Entscheidung, und es kann ein Machtwort sprechen.

Bauschutt aus Biblis: Erst hagelt es bundesweit Absagen von Deponien, keiner will die leicht kontaminierte Fracht haben. Jetzt wollen die Behörden durchgreifen und festlegen, wo 3200 Tonnen Schutt vom Rückbau des einstigen Atomkraftwerks im Kreis Bergstraße entsorgt werden sollen. Vorgesehen ist eine Deponie in Büttelborn im Nachbarkreis Groß-Gerau. Doch dort und auch im Kreis-Parlament regt sich heftiger Widerstand.

»Zeug«, das keiner haben will

Einer Argumentation vom Land, dem zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt und vom AKW-Betreiber RWE, es handele sich um ungefährlichen Müll, will man dort keinen Glauben schenken. Bei einer Sondersitzung des Kreistages lehnte man unlängst über Parteigrenzen hinweg einstimmig eine Lagerung auf der Deponie in der 15 000-Einwohner-Gemeinde mit Verweis auf eine Gesundheitsgefahr für Deponie-mitarbeiter ab. Hierzu gebe es auch eine klare Haltung der Bürger.

Bei der Sitzung stellte der SPD-Abgeordnete Thomas Schell klar: »Wir möchten diesen radioaktiv belasteten Bauschutt nicht im Kreis Groß-Gerau.« Entweder solle er auf dem AKW-Gelände bleiben bis eine Alternative gefunden wurde oder »das Zeug« solle unter Tage deponiert werden. Der Unmut richtet sich vor allem auch gegen den Nachbarkreis. Dort habe man sich zurückgelehnt, einen »schlanken Fuß« gemacht, hätte sich seit elf Jahren um eine Alternative kümmern können, heißt es bei den Parlamentariern.

Der Stein des Anstoßes: Am 16. November teilen Umweltministerium und Regierungspräsidium Darmstadt mit, dass die Büttelborner Deponie den Schutt aus Biblis nehmen soll. Die Gesellschafter des Betreibers, der Südhessischen Abfallverwertung GmbH Savag, haben nun bis zum 16. Dezember Zeit, sich zu den Plänen zu äußern. Es geht um 3200 von insgesamt einer Million Tonnen Rückbaumaterial, die unter ei-

nem Grenzwert von zehn Mikrosievert Strahlenbelastung liegen, was nach Behördenangaben nicht gesundheitsbelastend ist, aber speziell freigegeben werden muss. Eine natürliche Strahlenbelastung für Einwohner in Deutschland liege durchschnittlich bei 2100 Mikrosievert im Jahr.

Der Kreis Groß-Gerau will nun alle juristischen Möglichkeiten ausloten, um einen Transport dieses Schutts nach Büttelborn zu verhindern. Rechtlich dürfen ihm aber die Hände gebunden sein. Nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz kann das RP den Betreiber einer Abfallbeseitigungsanlage verpflichten.

»Der Deponiebetreiber kann jetzt seine Argumente vortragen. Diese sind bei der beabsichtigten Entscheidung zu berücksichtigen«, heißt es beim Regierungspräsidium. Er könne sich nach einer Anordnung einer Mitbenutzung der Halde durch den für den Bauschutt zuständigen Zweckverband Abfallwirtschaft des Kreises Bergstraße (ZAKB) mit einer Anfechtungsklage wehren.

Und genau das ist dem Bürgermeister von Büttelborn, Marcus Merkel (SPD), zufolge im Falle einer Entscheidung für die Deponie geplant. »Sie wollen ablehnen, alle Gesellschafter, und loten aus, welche juristischen Möglichkeiten es gibt.« Bei den allermeisten Menschen in der Stadt würden die Pläne des Regierungspräsidiums auf Unverständnis stoßen. »Die Stimmung ist schlecht.« Auf der Deponie gebe es immer wieder Brände. Feuerwehrleute hätten Angst um ihre Gesundheit, wenn dort belasteter Schutt liege und sie Löschen müssten.

Eine Frage der Solidarität

Der Vorstandsvorsitzende des ZAKB und Kreisbeigeordnete im Kreis Bergstraße, Matthias Schimpf, versteht den Zorn der Nachbarn nicht und sieht teils »populistischen Unsinn«. »Ich verstehe die Emotionalität, aber man muss die Kirche im Dorf lassen«, sagt er. Es

sei nicht so, dass der Kreis Bergstraße seine Hausaufgaben nicht gemacht habe. Eine eigene Deponie für 3200 Tonnen zu suchen, sei Unsinn. Eine Deponie im Kreis sei 2005 stillgelegt worden. Schon damals habe es Gespräche mit Büttelborn gegeben. Und damals habe es auch den Willen zu weniger Deponiestandorten gegeben. »Das war ein von allen Beteiligten getragener Wille der Politik gewesen.«

Zudem sei es eine Frage der Solidarität. Es sei ja nicht so, dass im Kreis Bergstraße kein Atommüll liege. Auf dem Gelände des AKW befinde sich das Zwischenlager für Castoren mit hoch radioaktivem Müll und das noch bis mindestens 2046. Bei der Rücknahme dieser Castoren habe die Bevölkerung im Kreis auch gesagt, »das gefällt uns nicht«. Und: Auf der Büttelborner Deponie liege bereits freigemessener Schutt

vom Rückbau der früheren Anlage Nukem und des Siemens-Brennelementwerks in Hanau. Dies bestätigt eine Antwort von Umweltministerin Priska Hinz auf eine Kleine Anfrage im Jahr 2016.

HINTERGRUND Der Beitrag des ehemaligen Kraftwerks Biblis Die beiden Reaktorblöcke des Kernkraftwerkes Biblis haben nach Angaben des Energieerzeugers RWE in ihrer gesamten Laufzeit 511 Terawattstunden Strom geliefert. Zum Vergleich: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lag der Stromverbrauch aller privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2019 bei knapp 127 Terawattstunden. Die beiden Druckwasserreaktoren in Block A und Block B gingen 1974 beziehungsweise 1976 in Betrieb. 2011 wurden beide Blöcke vom Netz genommen.

📅 WirtschaftsWoche | 09.12.2022 | S. 058

📄 Auflage: 128.295 | Reichweite: 718.000

👤 Florian Güßgen

Die Sondermission des Mr. Atom

Eigentlich sollte Ende des Jahres Schluss sein, nun aber wird das Kraftwerk Neckarwestheim 2 bis April laufen. Der Chef der EnBW - Nuklearsparte erklärt, wie er das konkret umsetzt, was geht – und was nicht. Für die FDP ist das ernüchternd.

Robert Habeck hat Jörg Michels bis in den Urlaub in Griechenland verfolgt. Als der Wirtschafts- und Klimaminister Anfang September endlich verkündete, wie er es im Winter mit den deutschen Atomkraftwerken halten wolle, weilte Michels auf Rhodos. Die Pressekonferenz verfolgte er im Hotelzimmer natürlich trotzdem. Denn Habecks Pläne betrafen ihn und seine Mitarbeiter direkt.

Michels ist Chef der Kernkraftsparte des süddeutschen Energieriesen EnBW, verantwortlich für das Atomkraftwerk Neckarwestheim, Block 2. Neben den Kraftwerken Emsland in Niedersachsen und dem Kraftwerk Isar 2 in Bayern ist Neckarwestheim in Baden-Württemberg einer von drei deutschen Reaktoren am Netz. Ende des Jahres, so schrieb es das Atomgesetz bis vor ein paar Tagen vor, sollte Neckarwestheim eigentlich außer Betrieb gehen. Darauf hatte Michels seit mehr als zehn Jahren hingearbeitet. In dieser Neujahrsnacht sollte alles vorbei sein.

Aber jetzt? Alles anders. Frankreichs Kernkraftwerke fallen reihenweise aus, die Erneuerbaren liefern nicht zuverlässig. Süddeutschland, das ergab der „Stresstest“ der Übertragungsnetzbetreiber, braucht mehr sicher verfügbaren Strom. Deshalb, sagte Habeck bei jener Pressekonferenz, sollten zwei von drei Atomkraftwerken bis April 2023 in die Reserve – auch Block 2 in Neckarwestheim, abgekürzt: „GKN II“.

BASTA-KOMPROMISS à LA SCHOLZ

Für Michels kam das überraschend. Ja, im Sommer war die Atomdebatte wieder hochgekocht. Aber vor der Pressekonferenz hatten Habecks Leute ihn nicht kontaktiert, nicht gefragt: Was geht? Was geht nicht? Was haltet ihr von der Einsatzreserve? Das holten sie zwar schnell nach. Aber dann kam es wieder anders, weil die FDP Druck machte: Lasst die Kernkraftwerke laufen! Im Oktober entschied Olaf Scholz, der Kanzler,

per Machtwort. Bis zum 15. April 2023 bleiben alle drei deutschen Kernkraftwerke am Netz, nicht in der Reserve.

Jetzt ist es Michels Job, diesen Basta-Beschluss umsetzen, den Weiterbetrieb zu organisieren und gleichzeitig das Abschalten und den Rückbau aufs Neue zu planen. Seit 2008 ist der 54-Jährige der Mr. Atom im Ländle. Er kennt sich aus mit Hin und Her. Aber die Berliner Last-Minute-Entscheidung ist auch für ihn eine Herausforderung. Technisch, sagt Michels, sei der Weiterbetrieb sicher, die verfügbaren Brennstäbe reichten gerade so, auch mit dem Personal bekämen sie das noch hin. Aber unternehmerisch sei es „eine enorme Herausforderung“.

Und Michels sagt noch etwas politisch Brisantes: „Die Diskussion über den Weiterbetrieb über April 2023 hinaus ist rein theoretischer Natur.“ Die Bundesregierung habe das ausgeschlossen. „Aber auch praktische Gründe stehen dem entgegen.“ Eine Klatsche für alle Befürworter einer weiteren Laufzeitverlängerung, vor allem für die FDP.

Michels hat in einen Besprechungsraum in der Stuttgarter EnBW-Zentrale, der „EnBW-City“, gebeten, um konkret zu erklären, wie er die Berliner Beschlüsse umsetzt. Hier im Stadtteil Fasanenhof hat der Konzern sogar eine eigene U-Bahn-Station. Auf Fotopaneelen zeigen sie dort, wie EnBW Strom erzeugt: mit Wind, mit Sonne, mit Wasser, mit Kohle. Von Atomkraft ist keine Rede mehr.

Warum auch? Schien ja alles durch, beschlossen, geplant. Kernkraft? Muss weg! Noch Ende 2010 hatte Schwarz-Gelb eine Laufzeitverlängerung für damals 17 Kernkraftwerke beschlossen, im Schnitt um zwölf Jahre. Aber nach dem Fukushima-Schock im März 2011 steuerte Berlin jäh um. Ende 2022 sollte Schluss sein. Michels Mission lautete jetzt: Organisier den Aus-

stieg!

EIN „MASTERPLAN“ FÜR DEN AUSSTIEG

Gemeinsam mit seinen Leuten entwickelte er einen „Masterplan“ für das Abschalten und den Rückbau der fünf EnBW-Kernkraftblöcke, einer davon in Obrigheim, zwei in Philippsburg, zwei in Neckarwestheim. Es ist ein Plan, der bis in die 2030er-Jahre reicht. Ein bis zwei Jahre dauert es, bis allein die Unterlagen für eine Stilllegungs- und Abbaugenehmigung erstellt sind, jeder Schritt, jeder Schnitt wird dokumentiert. Zehn bis 15 Jahre, gerechnet vom Beginn des Rückbaus an, gehen ins Land, bis ein Kraftwerk aus der atomrechtlichen Überwachung entlassen werden kann. Obrigheim war 2011 schon abgeschaltet, Philippsburg 1 und Neckarwestheim 1 folgten sofort, Ende 2019 Philippsburg 2.

Politisch will Michels sich nicht äußern. Aber er macht keinen Hehl daraus, dass ihn das Vorgehen der Ampel irritiert hat. Mit einem Zeitstrahl illustriert er den langen „Planungshorizont“ des Masterplans, über 20 Jahre, und stellt ihn jener kurzen Frist gegenüber – weniger als drei Monate –, die sie hatten, um umzuplanen. Im Text über dem Zeitstrahl heißt es: „In Relation zum Planungshorizont ist die Entscheidung der Bundesregierung sehr kurzfristig.“ Aus dem vorsichtigen Konzerndeutsch übersetzt bedeutet das: Irrsinn, was die in Berlin treiben.

Alles in letzter Minute. Für Neckarwestheim 2 ist der Abbauantrag schon gestellt. Wahrscheinlich hätten sie die Genehmigung noch vor Weihnachten bekommen, im Januar losgelegt. Schritt für Schritt. Michels zeigt ein Video mit Rückbau-Highlights von anderen Blöcken im Zeitraffer. Aus dem Reaktorkern hätten sie Brennelemente in das Lagerbecken überführt, den „Primärkreislauf“ dekontaminiert, also radioaktive Partikel von den Innenoberflächen der Rohrleitungen entfernt, die Anlage nach und nach stillgelegt. Die Zeit nach dem 31. Dezember sei „tagesscharf“ geplant gewesen, sagt Michels.

Und jetzt? Technisch ist die Verlängerung kein Hexenwerk. Die letzte Revision des Reaktorblocks war im Juni. Normalerweise werden bei einer Revision etwa 40 der 193 Brennstäbe im Reaktorkern ausgetauscht. Das haben sie im vergangenen Sommer nicht mehr getan, bis Ende 2022 hätte der verbliebene Energiegehalt gereicht. Neue Brennstäbe hatten sie ohnehin nicht mehr auf Lager. Neckarwestheim ist schon heute nicht mehr bei seiner maximalen Leistung.

Aber es gibt noch eine Möglichkeit, mehr aus dem vorhandenen Material herauszuholen: indem sie den Reaktorkern „rekonfigurieren“. Um das zu tun, fahren sie

das Werk Anfang Januar für drei Wochen herunter. Im Wesentlichen stecken sie dann die im Kern vorhandenen Elemente, vereinfacht gesagt, um und holen eventuell teilverbrauchte Elemente aus dem Lagerbecken zurück. So kann die Leistung bis Ende März bei etwa zwei Dritteln der Gesamtleistung gehalten werden. Ohne diesen Schritt hätten sie Neckarwestheim Mitte Februar abschalten müssen. Bis Mitte April wird die Leistung auf etwa 55 Prozent sinken. Insgesamt können sie 2023 so bis zu 1,7 Terawattstunden Strom zusätzlich produzieren. Zusätzlicher radioaktiver Abfall entsteht nicht, auch nicht mehr als fünf Kubikmeter zusätzliche Betriebsabfälle.

RECHNET SICH DAS NICHT LOCKER?

Personell haben sie diese Verlängerung noch gut hinkommen. Rund 1400 Leute arbeiten in der Kernkraftwerkssparte, 650 davon in Neckarwestheim. In jeder Betriebsschicht, also jener Schicht, die das Kraftwerk steuert, sind 12 bis 15 Mitarbeiter beschäftigt. In den vergangenen Jahren hätten sie die Kollegen, soweit möglich, auf Rückbau eingestellt, sagt Michels – und auf den Ruhestand, der Altersdurchschnitt liegt bei etwa 50 Jahren. Drei Monate länger? Waren trotzdem machbar. Manche Mitarbeiter verschoben ihre Urlaube, eine „Handvoll“ geht etwas später in den Ruhestand.

Auf den ersten Blick scheint sich der Aufwand locker zu rechnen. Anfang dieser Woche kostete eine Megawattstunde Strom in Deutschland am Spotmarkt über 386 Euro. 1,7 Terawattstunden ließen sich so für knapp 650 Millionen Euro verkaufen.

Michels spricht dennoch von einer „unternehmerischen Herausforderung“. Der Rückbauplan, sagt er, gerate durch die Verschiebung durcheinander. „Man kann nicht einfach locker alles um dreieinhalb Monate nach hinten schieben.“ Spezialdienstleister hätten ab dem 1. Januar 2023 geplant. „Vieles ist seit Jahren vorbereitet, beauftragt, die Terminfenster sind vertraglich fixiert.“ Das müsse alles neu verhandelt werden – und birgt das Risiko, dass es kostet. In den ersten Jahren nach der Abschaltung eines Kernkraftwerks entstehen allein durch den Betrieb der vorhandenen Systeme monatliche Kosten in Höhe eines „hohen einstelligen Millionenbetrags“, dazu kommen die geplanten und nun die ungeplanten Rückbaukosten. „Wenn sich alle Risiken zeigen, entstehen in Neckarwestheim durch die Laufzeitverlängerung Mehrkosten im dreistelligen Millionenbereich“, sagt Michels.

AB APRIL FEHLEN BRENNLEMENTE

Zudem dürfe EnBW die Gewinne aus dem Verkauf des zusätzlichen Stroms nicht komplett einstreichen. Die

unterliegen der Abschöpfungsabgabe, die im Bundestag als Teil der Strompreisbremse verhandelt wird. Die Höhe der Abgabe soll von der Erzeugungsart abhängig sein. Bei dem zusätzlichen Strom aus Neckarwestheim würden Gewinne oberhalb eines Preises von 150 Euro für die Megawattstunde abgeschöpft – alles, was also einen Umsatz von etwa 255 Millionen Euro übersteigt. Zehn Prozent des „Übergewinns“ darf EnBW auch behalten. So weit das unternehmerische Risiko.

Politisch brisant ist, dass Michels eine Verlängerung der Laufzeit über Mitte April 2023 de facto ausschließt. Auf dieses „hypothetische Szenario“ lässt er sich zwar nur ungern ein. Die Gesetzeslage sei eindeutig. Aber das war sie auch das letzte Mal – bis sie geändert wurde. Und in den Augen vor allem von FDP-Politikern ist eine nochmalige Verlängerung keineswegs vom Tisch.

Umso gewichtiger sind Michels' praktische Bedenken. Für einen Weiterbetrieb, sagt er, müssten Brennelemente bestellt werden. Aber: „Wir haben keine Uran-Lieferverträge mehr. Wir haben keine Vorprodukte mehr, gar nichts.“ Die wichtigsten Lieferanten sind der französische Konzern Framatome und das US-Unternehmen Westinghouse. In der Regel dauert die Beschaffung zwölf bis 18 Monate. Experten rechnen damit, dass es im Extremfall deutlich schneller gehen könnte. Ein nahtloser Übergang Mitte April wäre aber nicht mehr machbar.

Außerdem, sagt Michels, müsste jetzt damit begonnen werden, eine „komplette Großrevision“ der Anlage zu planen. Und nach April würde das Personal für eine weitere Stromproduktion in Neckarwestheim tatsächlich knapp. Einige Mitarbeiter aus den Betriebschichten würden in den Ruhestand gehen. Und selbst wenn man versuche, qualifiziertes Personal von anderen Druckwasserreaktoren – Philippsburg 2 oder Neckarwestheim 1 – zu rekrutieren, dauere es „Minimum ein Jahr“, um die Mitarbeiter so auszubilden, dass sie als „verantwortliches Schichtpersonal“ in Neckarwestheim 2 tätig werden dürften. Aus all diesen Gründen sei die Verlängerungsdebatte „rein theoretischer Natur“. „Die Vorstellung, dass man irgendwelche Entscheidungen einfach mal treffen kann und ein paar Monate später ist alles vorbereitet und steht zur Verfügung, das ist einfach nicht so!“, sagt Michel.

„DIE ZEIT DER KÄMPFE IST VORBEI.“

Als vor Kurzem das geänderte Atomgesetz im Bundestag verabschiedet worden war, gab es am nächsten Tag in Neckarwestheim eine Demonstration. Mehrere Dutzend Menschen hielten Transparente hoch. „Abschalten“ stand darauf. Michels sieht das gelassen. Er hat keine Zweifel, dass er das Kernkraftwerk hier bis Mitte April sicher betreibt. Aber er sagt auch, die „grundsätzliche Diskussion“ über die Nutzung der Kernkraft habe sich erledigt. „Die Zeit der großen Kämpfe ist vorbei.“ Ob sich Michels da nicht täuscht? In Berlin gibt es durchaus Bereitschaft, diesen Kampf bei Gelegenheit wieder aufzunehmen. Am Ende des Winters etwa.

AUF DEM WEG IN DIE VERLÄNGERUNG

Daten der drei deutschen Reaktoren, die bis zum 15. April 2023 in Betrieb bleiben dürfen.

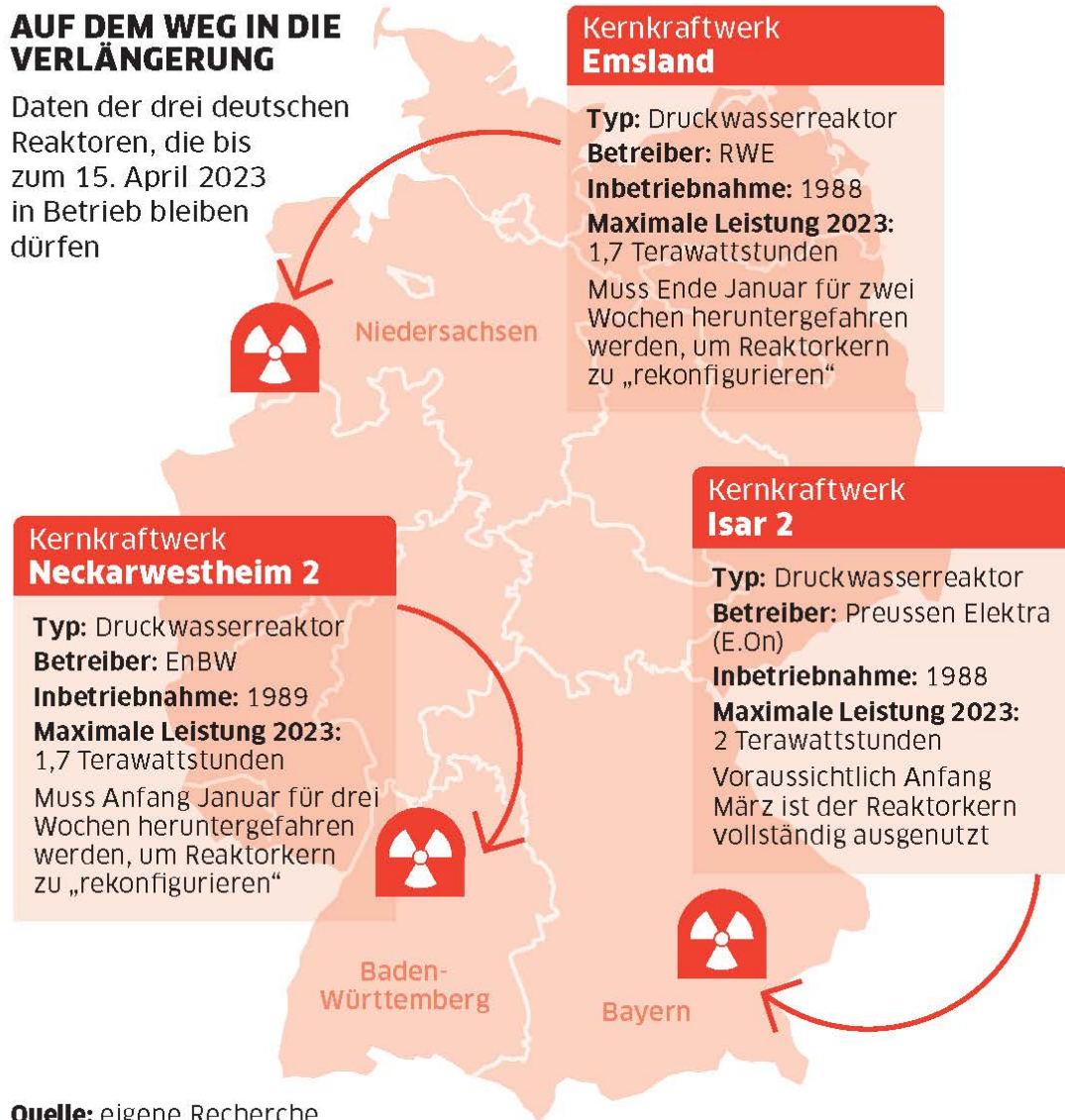
- Kernkraftwerk Emsland. Typ: Druckwasserreaktor. Betreiber: RWE. Inbetriebnahme: 1988. Maximale Leistung 2023: 1,7 Terawattstunden. Muss Ende Januar für zwei Wochen heruntergefahren werden, um Reaktorkern zu „rekonfigurieren“.
- Kernkraftwerk Isar 2. Typ: Druckwasserreaktor. Betreiber: Preussen Elektra (E.On). Inbetriebnahme: 1988. Maximale Leistung 2023: 2 Terawattstunden. Voraussichtlich Anfang März ist der Reaktorkern vollständig ausgenutzt.
- Kernkraftwerk Neckarwestheim 2. Typ: Druckwasserreaktor. Betreiber: EnBW. Inbetriebnahme: 1989. Maximale Leistung 2023: 1,7 Terawattstunden. Muss Anfang Januar für drei Wochen heruntergefahren werden, um Reaktorkern zu „rekonfigurieren“.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

„Es ist nicht so, dass man Entscheidungen einfach trifft, und wenig später ist alles vorbereitet!“ - Jörg Michels, Chef der EnBW-Kernkraftsparte.

AUF DEM WEG IN DIE VERLÄNGERUNG

Daten der drei deutschen Reaktoren, die bis zum 15. April 2023 in Betrieb bleiben dürfen



Quelle: eigene Recherche

WirtschaftsWoche Nr. 50 vom 09.12.2022

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Deutschland: Daten der drei deutschen Reaktoren, die bis zum 15. April 2023 in Betrieb bleiben dürfen (MAR / Grafik)